



Aktuelle Debatte

—

Fraktion AfD

Es kommt noch härter - wie die Inflation unsere Existenz bedroht

Es wird beantragt, zur 23. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 7./8. September 2023 eine Aktuelle Debatte zum oben genannten Thema durchzuführen.

Begründung

Nach wie vor leiden die Bürger in Sachsen-Anhalt unter den Auswirkungen der aktuellen Rekordinflation. Bereits jetzt aber müssen sich insbesondere Armutsbedrohte, Alleinerziehende und Familien mit geringen Einkommen spürbar im Alltag einschränken. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil: Durch die im Bundesfernstraßenmautgesetz zum 01.12.2023 geregelten, signifikanten Erhöhungen der LKW-Maut um mehr als 80 % sowie die Erweiterung auch auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen (bislang 7,5 Tonnen) im Jahr 2024 nebst der Einführung einer neuen CO₂-Maut werden sich in der Folge nahezu alle Preise für Waren des täglichen Bedarfs nochmals weiter und spürbar verteuern.

Ein zusätzlicher, ideologisch bedingter Preisanstieg steht zum 01.01.2024 bevor, wenn die CO₂-Steuer um 50 % erhöht wird. Insbesondere durch die damit einhergehende Erhöhung der Preise für Kraftstoffe ist auch ein Preisanstieg für die Waren des täglichen Bedarfs abzusehen.

Die aktuelle Inflationsrate von 6,2 % bleibt trotz minimaler Abschwächung weiterhin auf einem historisch extrem hohen Niveau. Die Belastungen für die Haushalte sind außeror-

dentlich. Dazu trägt gerade die Preisentwicklung von Nahrungsmitteln bei. Diese wurden besonders spürbar um ganze 11 % im Vergleich zum Vorjahresmonat teurer.¹

Das Kaufverhalten der Deutschen hat sich durch die ununterbrochenen Preiserhöhungen signifikant verändert. In einer Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte vor wenigen Wochen gaben 37 % der Befragten an, dass sie mittlerweile bevorzugt zu den günstigeren Eigenmarken der Supermärkte greifen. Der Bürger greift so vermehrt zu Fertignahrung und Billigfleisch.²

Von besonderer Tragweite ist das stete Ansteigen der Preise im Bau- und Immobilienbereich. Im II. Quartal 2023 sind die Baupreise für Wohngebäude „nur“ um 8,8 % zum Vorjahresquartal gestiegen. Im I. Quartal dieses Jahres waren es noch 15,1 %.³ Wohnraum fehlt. Die Mieten steigen. Für junge Familien ist Wohneigentum kaum noch erschwinglich. Die deutsche Bevölkerung verarmt.

Die Teuerungswelle wird nicht abebben, bis die wirtschaftlichen Problemstellen in Deutschland und der EU behoben wurden. Die deutschen Unternehmen leiden nach wie vor unter hohen Steuern und exorbitantem bürokratischen Aufwand. Mit dieser Belastung können unsere Betriebe mit der außereuropäischen Konkurrenz weder mithalten, noch können sie die belastenden Energiekosten schultern.

Die prekäre wirtschaftliche Lage droht eine ungekannte Insolvenzwelle loszustoßen, welche Millionen von Arbeitnehmern um ihre Anstellung bringen würde. Unter diesen Umständen ist die Steigerung der CO₂-Steuer und der LKW-Maut nicht hinnehmbar.

Die Landes- und Bundesregierung müssen, um die verursachte wirtschaftliche Schieflage zu korrigieren, die Steuern dauerhaft senken und massiv Bürokratie abbauen. Weiterhin muss es oberste Priorität sein, sich geschlossen gegen die drohenden, ideologisch motivierten Klimasteuern auszusprechen. Andernfalls rutschen hunderttausende Bürger in die Armut ab.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitz

Ulrich Siegmund
Fraktionsvorsitz

¹ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 311 vom 8. August 2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/08/PD23_311_611.html (Abruf am 28.08.2023).

² Aktuelle Umfrage: Viele Bürger sparen an Lebensmitteln – wegen Inflation, Tagesspiegel vom 21.06.2023, <https://www.tagesspiegel.de/verbraucher/aktuelle-umfrage-viele-buerger-sparen-an-lebensmitteln--wegen-inflation-10019161.html> (Abruf am 28.08.2023).

³ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 269 vom 10. Juli 2023, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Baupreise-Immobilienpreisindex/inhalt.html> (Abruf am 28.08.2023).